

Iwan Rickenbacher

## **Veränderungsdruck durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen**

Noch immer ist von der Gemeinde als „Urzelle der Demokratie die Rede“, als Ort, wo sich die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar ins politische Geschehen einbringen können und wo politische Talente die ersten Stufen einer möglichen Karriere erklimmen.

Diese Urzelle, sollte sie es denn sein, scheint da und dort recht angegriffen zu sein. Einwohnerinnen und Einwohner, die schleunigst Reissaus nehmen, um einem Gemeindeamt zu entgehen. Gemeinden, die den finanziellen Ruin fürchten, wenn der Zusammenschluss mit Nachbarn nicht gelingen sollte.

Aber es gibt Gegenbeispiele, auch kleine und kleinste Gemeinden, die ihre Zukunft in der Unabhängigkeit sehen.

Unter Veränderungsdruck stehen jedoch alle. Nur noch ein Drittel der Erwerbstätigen geht am Wohnort zur Arbeit und die täglichen Wegstrecken nehmen zu. Da bleibt wenig Zeit für institutionelle Freiwilligenarbeit. Und auf der beruht ein wichtiger Teil der gemeindlichen Leistungen für Sicherheit, für Bildung, für Entwicklung und anderes mehr.

Die Aufgaben, die von den Gemeinden zu lösen sind, werden zum Teil vielfältiger und komplexer, die Ansprüche der Einwohnerinnen und Einwohner individueller. Mit ungefähr 500 Stellenprozenten (ohne Schulbereich) müssen die Bedürfnisse in einer Durchschnittsgemeinde und deren 1000 Einwohnerinnen und Einwohner abgedeckt werden.

Die gegensätzlichen Erwartungen, unter denen Gemeindeleistungen erbracht werden, driften zum Teil auseinander. Die Schule soll Ort der gesellschaftlichen Integration sein, ohne die kulturelle Identität der Schülerinnen und Schüler zu verletzen. Die Gemeinde soll sich bevölkerungsmässig entwickeln, ohne die Zersiedelung der Landschaft zu stärken. Die Anbindung peripherer Gemeinden an die Zentren durch den öffentlichen Verkehr soll gefördert werden, ohne den ortsansässigen Betrieben die Arbeitskräfte zu entziehen. Die Entscheidungsprozesse der Behörden sind anspruchsvoller geworden, anfälliger auch für Widerstände und Einsprachen.

Und dann haben sich die Treffpunkte zwischen Behörden und Gemeindeeinwohnern massiv verändert. Nur noch zwei Drittel der Bevölkerung konsultiert die Tageszeitung mit ihren lokalen Nachrichten. Und nicht alle, die nicht mehr Zeitung lesen, orientieren sich im Internet.

Die Parteien, die das Bindeglied zwischen Behörden und Bevölkerung bilden, erreichen noch 10 Prozent der jüngeren Wählerschaft.

Ein Einfluss auf die Willensbildung in der Bürgerschaft ist anspruchsvoller geworden.

Und dies alles sollte wenn möglich nicht allzu viel kosten und selbstverständlich ein Qualitätsniveau aufweisen, das mit dem anderer Gemeinwesen vergleichbar ist.

Gewisse Trends sind als Antwort auf solche Veränderungen sichtbar. Nahm die Zahl der Schweizer Gemeinden zwischen 1848 und 2007 im Schnitt lediglich um jährlich drei ab, waren es allein im Jahre 2005 mehr als 50.

Nun wissen wir, dass nicht allein die Bevölkerungszahl über die Lebensfähigkeit einer Gemeinde entscheidet.

Kleinere Gemeinden behelfen sich mit verstärkter Zusammenarbeit, mit der Auslagerung von Tätigkeiten, auch mit der teilweisen Professionalisierung von Dienstleistungen. Dies alles ist eher möglich, wenn die möglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen frühzeitig erkannt werden. Die Aussage, wonach „gouverner c'est prévoir“ bedeutet, war nie zutreffender als jetzt. Das Polit Forum Thun ist eines dieser Zukunftsfenster.